

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 29. Nov. 2016

Anfrage

Wie lässt sich die vereinbarte Kooperation mit der kurdischen Stadt Mardin angesichts von vielfachen Verhaftungen und Verfolgungen solidarisch ausfüllen?

Im Oktober 2016 startete die Landeshauptstadt München im Rahmen einer vom Bundesentwicklungsministerium ins Leben gerufenen „Initiative Kommunales Know-how für Nahost“ eine Kooperation mit Mardin. Damals wurde betont, dass Mardin eine Stadt im Südosten der Türkei, nahe der Grenze zu Syrien gelegen, mit seinen 140 000 Einwohnern bereits 100 000 Flüchtlinge aufgenommen habe. Gerade als das Projekt mit der Oberbürgermeisterin von Mardin, Februniye Akyol - übrigens die erste christlich-aramäische Bürgermeisterin in der Türkei - in München aus der Taufe gehoben werden sollte, verhängte Erdogan den Ausnahmezustand. Nach München kam dennoch die Verwaltungschefin Leman Kiraz und wurde sowohl von Bundestagsvizepräsident Singhammer, als auch Bundesentwicklungsminister Gerd Müller sowie von Bürgermeister Josef Schmid empfangen.

Die damals einsetzende Verhaftungswelle in der Türkei erreichte Mitte November einen neuen Höhepunkt: Mardin wurde unter Zwangsverwaltung gestellt, die Oberbürgermeisterin abgesetzt, ihr kurdischer Amtskollege Ahmet Türk nicht nur abgesetzt, sondern verhaftet und inhaftiert! Besondere Brisanz: in der Stadt leben auch noch 2 500 christliche Aramäer bzw. Assyrer! Deren Situation ist durch die islamistische Zwangsverwaltung äußerst bedroht.

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Ist die Kooperation mit der Stadt Mardin bereits über das Stadium einer Absichtserklärung hinausgekommen, wenn ja worin bestehen die ersten Schritte?
2. Gibt es Hinweise, dass aufgrund der Zwangsverwaltung eine zweckentsprechende Verwendung der genehmigten Projektfördergelder nicht mehr gewährleistet ist?
3. Wie kann die Landeshauptstadt sich im Rahmen dieser Kooperation für eine rechtsstaatliche Behandlung der abgesetzten bzw. verhafteten Bürgermeister einsetzen?
4. Kann die Kooperation mit Mardin durch eine Patenschaft mit beiden Verhafteten mit Inhalt und Engagement gefüllt werden und so dazu beitragen, dass die zwangsverwaltete Stadt Mardin wieder zu kommunaler Selbstverwaltung zurückkehren kann?
5. Hat Oberbürgermeister Reiter bereits das Gespräch mit dem türkischen Generalkonsul gesucht, um den Protest gegen die Behandlung von Kooperationspartnern der Landeshauptstadt zum Ausdruck zu bringen? Falls nicht, warum nicht?

Cetin Oraner (DIE LINKE), Brigitte Wolf (DIE LINKE)

Stadtratsgruppe DIE LINKE.

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 176 • 80331 München
DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 2 52 35 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de